



Svenja Büttner

## Verfassungsrechtlicher Grund sowie kompetenzielle und gewaltenteilige Grenzen innerbundesstaatlicher Verwaltungsabkommen

Herleitung und Konturierung einer begrenzten gubernativen Kooperationshoheit

Schriften zum Öffentlichen Recht, Band 1513

377 Seiten, 2023

ISBN 978-3-428-18926-7, € 99,90\*

Alle Informationen zum Titel: [www.duncker-humblot.de/9783428189267](http://www.duncker-humblot.de/9783428189267)

Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern ist seit Jahrzehnten gängige Praxis in der Bundesrepublik Deutschland. Eine einheitliche Dogmatik hat sich indes bisher nicht entwickelt. Vielmehr ergibt sich sowohl durch die Erweiterung verfassungsrechtlicher Kooperationstatbestände, wie die Finanzhilfen und Gemeinschaftsaufgaben, als auch die Einführung vereinzelter einfachgesetzlicher Regelungen weiterhin ein starkes Bedürfnis einer Systematisierung innerbundesstaatlicher Kooperationsmittel. Hier übernimmt das Verwaltungsabkommen als wichtiges praktisches Instrument eine tragende Rolle. Die Arbeit zeigt, dass sich die Regierungen von Bund und Ländern auf eine eigene Kooperationshoheit berufen können, und entwickelt anhand dessen drei Fallgruppen der innerbundesstaatlichen Verwaltungsabkommen. Insbesondere die kompetenziellen und gewaltenteiligen Grenzen innerstaatlicher gubernativer Zusammenarbeit werden dabei herausgearbeitet und sollen zu einer besseren Systematisierung beitragen.

### Inhalt

#### Einführung

Innerbundesstaatliche Verwaltungsabkommen als Forschungsgegenstand — Entwicklung und offene Fragen — Themeneingrenzung und Zielsetzung

#### 1. Grundlagen

Grundgesetzliche Ausgangslage und Entwicklung innerbundesstaatlicher Kooperation — Allgemeine Zulässigkeit innerbundesstaatlicher Kooperation — Abgrenzungen und Begriffsbestimmungen

#### 2. Grund und Grenzen einer begrenzten gubernativen Kooperationshoheit

Gang der Untersuchung — Bund-Länder-Verwaltungsabkommen — Länderverwaltungsabkommen

#### 3. Parlamentarische Kontrolle bei Abschluss von Verwaltungsabkommen

Ausgangsproblematik — Die Kontrolle der Gubernative nach dem Grundgesetz — Rechtliche Ausgestaltung der parlamentarischen Kontrolle — insbesondere Unterrichtungspflichten gegenüber den (Landes-) Parlamenten — Grenzen parlamentarischer Kontrolle von Verwaltungsabkommen — Prozessuale Durchsetzung — Kontrolle durch Standardisierung des Abschlussverfahrens — Kontrolle der Länder durch den Bund

#### 4. Zusammenfassung in Thesen und Ausblick

Literatur- und Stichwortverzeichnis